

Es fehlten entschuldigt:

Ratsmitglieder CDU
Stötzel, Manfred

CDU

Ratsmitglieder UWG
Abstoß, Christian

UWG

Verwaltung:

Dreiner, Christoph
Garn, Thomas
Kranenberg, Eva
Schmerein, Marco
Schorde, Susanne
Stolpmann, Nadja

Gast:

Ass. jur. Viola Wallbaum

Kommunal Agentur NRW (zu TOP's 8 bis 10 ö T)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Öffentliche Sitzung:

1	Veränderungsnachweis zum Haushaltsplan-Entwurf 2023	Drucksache Nr. BV/115/22
----------	--	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg führt aus, dass für die Ratssitzung ein überarbeiteter Veränderungsnachweis mit den aktuellen Orientierungsdaten zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Der Erlass des Landes sei heute erst gegen 17 Uhr eingegangen.

Offene Fragen des Ausschusses werden beantwortet.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Veränderungsnachweis zum Haushaltsplan-Entwurf 2023 wird beschlossen.	

2	Anträge zum Haushalt 2023	
----------	----------------------------------	--

2.1	Antrag der CDU-Fraktion vom 26.10.2022; Rückstellung Errichtung Skaterpark	Drucksache Nr. AT/127/22
------------	---	------------------------------------

Die CDU-Fraktion möchte aufgrund der allgemeinen politischen Situation, der aktuellen Haushaltslage sowie der gestiegenen Energie- und Baukosten aufgrund des Ukrainekrieges das Projekt Skaterpark bis auf Weiteres vertagen. Obwohl sie damals den Antrag für einen Bau eines Skaterparks gestellt haben, sehen sie sich derzeit in der finanziellen Verantwortung, ein solches Projekt erst einmal zu schieben.

Der Ausschuss diskutiert ausführlich über den derzeitigen Planungsstand sowie die weitere Vorgehensweise.

Es haben bereits Workshops mit Jugendlichen stattgefunden, der nächste Schritt sei die Standortfrage, so Bürgermeister Meisenberg. Er schlägt vor, im Jahr 2023 die Planung weiterhin voranzutreiben. Für diese Planung u.a. stehen noch offene Haushaltsmittel aus 2022 zur Verfügung. Die weiteren Maßnahmen könnten somit in den Haushalt 2024 geschoben werden. Es sei eine freiwillige Investition in die Zukunft, evtl. könne man noch Fördermittel generieren.

Die Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP möchten das geplante Projekt fortführen, zumal ja bereits erste Planungsschritte erfolgt seien. Die Jugendlichen haben in Coronazeiten bereits unter enormen Beeinträchtigungen gelitten.

Ein Aussetzen des Projektes sei ein schlechtes Signal an die Jugend, für die es ohnehin kaum Angebot in der Gemeinde gebe. Dies würde die Politikverdrossenheit junger Menschen noch weiter fördern. Wie seitens Bürgermeister Meisenberg vorgeschlagen, sollen weitere Planungsschritte 2023 umgesetzt werden.

RM Schmidt beantragt für die CDU-Fraktion eine 5minütige Sitzungsunterbrechung.

Nach der Sitzungspause beantragt RM Schmidt, den vorliegenden CDU-Antrag in der Ratssitzung am 13.12.2022 zu behandeln und heute keinen Beschluss zu fassen.

2.2	Antrag der CDU-Fraktion vom 26.10.2022; Gewährung eines Zuschusses für die Marienheider Tafel	Drucksache Nr. AT/127/22
------------	--	------------------------------------

Über die Anträge zu TOP 2.2 und 2.9 wird gemeinsam beraten.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen, ab dem Haushaltsjahr 2023 einen jährlichen Zuschuss von 5.000 € für den laufenden Betrieb der Tafel Marienheide zur Verfügung zu stellen.	

2.3	Antrag der SPD-Fraktion vom 07.11.2022; Reduzierung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 650%	Drucksache Nr. AT/135/22
------------	--	------------------------------------

RM Geisel zieht den vorliegenden Antrag zurück.

2.4	Antrag der SPD-Fraktion vom 07.11.2022; Vollzug der OGS in den nächsten Jahren	Drucksache Nr. AT/136/22
------------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg zeigt sich über den vorliegenden Antrag verwundert, da im ABSS am 09.11.2022 ein umfangreicher Sachstandsbericht über die Entwicklung und Fortführung der OGS erfolgt sei. Eine qualifizierte Kostenschätzung läge zwar noch nicht vor, aber die Arbeitsgruppe arbeitet weiterhin intensiv an Lösungsansätzen, Zielen sowie einer Kostenschätzung.

RM Geisel wünscht sich mehr Inhalte im Vorbericht.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass die Ziele entscheidend seien. Diese können verbessert werden, sie seien produktbezogen und hierzu können politische Anträge gestellt werden. Ziele sollten immer messbar, sachgerecht und bedarfsgerecht sein. Ziele beschließt der Rat, den Vorbericht gestaltet die Verwaltung.

Nach einer kurzen Diskussion zieht RM Geisel den vorliegenden Antrag zurück.

2.5	Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2022; Finanzierungslücke der ABC Sprachschule im Jahr 2023	Drucksache Nr. AT/137/22
------------	---	------------------------------------

RM Schmidt spricht den Vortrag der ABC Sprachschule im letzten ABSS an. Die CDU-Fraktion möchte verhindern, dass die wertvolle Arbeit der Sprachschule wegbriecht.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass die AWO der Träger der Räumlichkeiten sei, dass Lehrpersonal aber durch Bund und Land (Aktionsprogramm KommAn-

NRW) finanziert werde. Ehrenamtliche organisieren und betreuen, auch der Ev. Kirchenkreis An der Agger unterrichtet in einem weiteren Raum, welchen die Gemeinde zusätzlich angemietet habe.

Kinderbetreuungskosten werden nicht vom Land übernommen und gehen zu Lasten des Trägers.

RM Geisel unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion. RM Trommershausen führt aus, dass der Staat eigentlich diese hoheitliche Aufgabe übernehmen müsste, möchte aber auch zweckgebunden die Sprachkurse unterstützen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird beschlossen, der ABC Sprachschule Marienheide (Träger AWO) für die Deckung einer Finanzierungslücke im Jahr 2023 einen Betrag in Höhe von 4.500 € für das Haushaltsjahr 2023 zur Verfügung zu stellen.	

2.6	Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion vom 06.11.2022 (Eingang 14.11.); Ergänzung des Punktes 2.3.2 Wesentl. Ziele u. Strategien, Änderung des Produktbereiches 1.12 Verkehrsflächen u. -anlagen sowie ÖPNV 1.12.01 Öffentliche Verkehrsfl. u. -anlagen	Drucksache Nr. AT/141/22
------------	--	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass die Verwaltung die „Prosa“ des Vorberichtes nicht, wie beantragt, ändern wird.

In der Produktbeschreibung kann der Begriff, „und Radwegen“, wie beantragt, aufgenommen werden. Diese Änderung wird in der Powerpoint-Präsentation dargestellt.

RM Maurer führt aus, dass mit der Begrifflichkeit „öffentliche Verkehrsflächen“ Straßen, Radwege, Fußwege usw. gemeint seien und diese nicht zusätzlich aufgeführt werden müssen.

Bürgermeister Meisenberg lässt über den vorliegenden Antrag und den Vorschlagstext, wie in der Präsentation dargestellt, abstimmen.

Mit 8 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen lehnt der Ausschuss den beantragten Änderungswunsch in der Produktbeschreibung ab.

2.7	Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion vom 06.11.2022 (Eingang 14.11); Erstellung eines kommunalen Radwegekonzeptes als Teil des Verkehrskonzeptes	Drucksache Nr. AT/143/22
------------	--	------------------------------------

RM Trommershausen bittet um Erhöhung des Ansatzes um 20.000 €.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass dies keine Erhöhung, sondern ein neuer Ansatz wäre. Für das Radwegekonzept waren bisher keine Haushaltsmittel eingeplant, da derzeit ein kreisweites Mobilitätskonzept durch den OBK erstellt werde. Darüber hinaus liefen die Planungen für den Alltagsradweg Gummersbach-Marienheide und den Talsperrenrundweg. Für ein reines Radwegekonzept gibt es derzeit keine Fördermöglichkeiten, 20.000 € wäre die unterste Grenze für ein solches Konzept.

RM Geisel führt aus, dass seine Fraktion einem Radwegekonzept positiv gegenüber stehen.

Bürgermeister Meisenberg lässt über den neuen Ansatz in Höhe von 20.000 € und die Erstellung eines Radwegekonzeptes abstimmen.

Der vorliegende Antrag wird mit 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

2.8	Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion vom 06.11.2022 (Eingang 14.11); Erhöhung des Ansatzes der Transferleistungen im Bereich Umweltmanagement	Drucksache Nr. AT/142/22
-----	--	------------------------------------

RM Trommershausen möchte den Klimaschutzfonds erhöhen, um nicht nur Photovoltaikanlagen zu fördern, sondern, wenn möglich auch andere sinnvolle Maßnahmen beim Klimaschutz unterstützen und Anreize geben.

Bürgermeister Meisenberg fragt nach, was im dritten Absatzes ihres Antrages gemeint sei, denn bei den gemeindlichen Anlagen auf den Feuerwehrgebäuden gibt es bisher keine betriebswirtschaftlichen Erträge. Er regt an, die letzten 2 Sätze im Antrag zu streichen.

RM Hillrichs könnte sich eine erneute Förderung in Höhe von 50.000 € für private Photovoltaikanlagen, wie bereits im vergangenen Jahr erfolgt, vorstellen.

RM Maurer führt Bedenken aus, da es sich um eine freiwillige Ausgabe handelt.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass die bisher angesetzten Haushaltsmittel nicht zweckgebunden seien. Würde man eine Erhöhung vornehmen, wäre die Art der Mittelverwendung im Bereich Umweltschutz offen.

Herr Dreiner führt aus, dass im letzten AKU beschlossen worden sei, 50.000 € zur Förderung von Photovoltaikanlagen im Haushalt vorzusehen. Im Jahr 2022 wurden 72.000 € Fördermittel an Privatpersonen ausgeschüttet (42.000 € Fördermittel und 30.000 € Haushaltsmittel).

Bürgermeister Meisenberg fragt bei der Antragstellerin nach, ob der Ansatz für diese Produktgruppe zweckgebunden oder dauerhaft um 50.000 € erhöht werden soll.

RM Trommershausen führt aus, dass diese Erhöhung des Klimaschutzfonds nur für das Haushaltsjahr 2023 beantragt werde und sie würden zustimmen, diesen Betrag zweckgebunden für die erneute Photovoltaikförderung zu nutzen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung
Es wird beschlossen, im Haushaltsjahr 2023 den Ansatz für Transferleistungen in der Produktgruppe 14.01 Umweltmanagement von 50.000 € auf 100.000 € zu erhöhen. 50.000 € sollen ausschließlich zur Förderung von privaten Photovoltaikanlagen werden.	

2.9	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und SPD vom 13.11.2022 (Eingang 14.11); Unterstützung der Marienheider Tafel	Drucksache Nr. AT/144/22
------------	--	------------------------------------

Dieser Antrag wurde unter TOP 2.2 bereits einstimmig beschlossen.

3	Haushaltssatzung der Gemeinde Marienheide für das Haushaltsjahr 2023	Drucksache Nr. BV/116/22
----------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg lässt über die Haushaltssatzung unter Berücksichtigung der heute beschlossenen Anträge und des modifizierten Veränderungsnachweises abstimmen.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Die Haushaltssatzung der Gemeinde Marienheide für das Haushaltsjahr 2023 wird beschlossen.	

4	Stellenplan 2023	Drucksache Nr. BV/117/22
----------	-------------------------	------------------------------------

RM Schmidt erkundigt sich, ob die Stelle des Klimaschutzmanagers im Stellenplan enthalten sei und worauf sich die Stellenmehrungen beziehen.

Verwaltungsseitig wird erläutert, dass der AKU jüngst beschlossen habe, die Stelle zu entfristen. Die Stelle sei im Stellenplan enthalten und stelle keine Verschlechterung im Haushalt dar. Die Mitarbeit des Klimaschutzmanagers sei auch

ein Mehrwert bei den kommunalen Planungsarbeiten. Eine erneute Förderung dieser Stelle sei mit hohen Auflagen verbunden.

Er verweist auf die Erläuterungen der Stellenplanänderungen auf Seite 37 des Stellenplanes.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Der Stellenplan 2023 wird beschlossen.	

5	II. Nachtrag zur Gebührenordnung für die Nutzung öffentlicher Parkflächen der Gemeinde Marienheide (Parkgebührenordnung) vom 30.11.2012	Drucksache Nr. BV/130/22
----------	--	------------------------------------

Kämmerin Kranenberg erläutert kurz, dass aufgrund der Umsetzung des § 2b Umsatzsteuergesetzes die Parkgebührenordnung anzupassen sei. Die Formulierung des Gesetzgebers, wann das Gesetz greift, sei noch nicht abschließend geklärt, so dass heute lediglich ein Vorhaltebeschluss zu fassen sei.

RM Maurer macht auf einen Schreibfehler im § 3 des Nachtrages aufmerksam:ist die jeweils geltende gesetzliche Umsatzsteuer.....

Der Fehler wird verwaltungsseitig im Nachtragsentwurf behoben.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird der II. Nachtrag zur Parkgebührenordnung der Gemeinde Marienheide zum 01.01.2023 beschlossen.	

6	I. Nachtrag zur Entgeltordnung für die Inanspruchnahme von Räumen in Gebäuden der Gemeinde Marienheide vom 27.02.2013	Drucksache Nr. BV/131/22
----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird der I. Nachtrag zur Entgeltordnung für die Inanspruchnahme von Räumen in Gebäuden der Gemeinde Marienheide zum 01.01.2023 beschlossen.	

7	III. Nachtrag zur Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Marienheide vom 07.12.2005	Drucksache Nr. BV/132/22
----------	---	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es wird der III. Nachtrag zur Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Marienheide zum 01.01.2023 beschlossen.	

8	Gebührenkalkulation und VI. Nachtrag zur Straßenreinigungssatzung vom 23.11.2016	Drucksache Nr. BV/118/22
----------	---	------------------------------------

Frau Wallbaum von der Kommunal Agentur NRW stellt die Gebührenkalkulation zur Straßenreinigungssatzung anhand einer Präsentation vor, welche der Niederschrift beigefügt wird.

Fragen des Ausschusses werden beantwortet.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
Es werden:	
1.1 die Gebührenkalkulation und	
1.2 der VI. Nachtrag zur Straßenreinigungssatzung vom 23.11.2016	
zum 01.01.2023 beschlossen.	

9	Gebührenkalkulation und XI. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Marienheide vom 30.06.2010	Drucksache Nr. BV/119/22
----------	--	------------------------------------

Frau Wallbaum von der Kommunal Agentur NRW stellt die Gebührenkalkulation zur Entwässerungssatzung anhand einer Präsentation vor, welche der Niederschrift beigefügt wird.

Fragen des Ausschusses werden geklärt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
-------------------	------------------------------------

Es werden:	
1.1	die Gebührenkalkulation und
1.2	der XI. Nachtrag zur Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Marienheide vom 30.06.2010 unter Vorbehalt der Änderungen des Kommunalabgabengesetzes
zum 01.01.2023 beschlossen.	

10	Friedhofsgebührenkalkulation und VII. Nachtragssatzung zur Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Marienheide vom 25.11.2015	Drucksache Nr. BV/120/22
-----------	--	------------------------------------

Frau Wallbaum von der Kommunal Agentur NRW stellt die Gebührenkalkulation zur Friedhofssatzung anhand einer Präsentation vor, welche der Niederschrift beigelegt wird.

RM Schmidt gibt zu bedenken, dass die Trauerhalle bereits in der Coronazeit 2020/2021 kaum genutzt worden sei und befürchtet, dass bei einer Gebührenerhöhung zukünftig noch weniger Auslastung bestehe. Die ortsansässigen Bestatter beklagen, dass die Halle wegen der hohen Kosten kaum genutzt werde. Sie fragt nach der Auslastung im Jahr 2022. RM Hillrichs fragt nach einer Möglichkeit der Umverteilung?

Frau Wallbaum erläutert, dass die Gebühr schon sehr knapp kalkuliert sei und eigentlich viel höher ausfallen müsste. Es wurden die Jahre 2017 bis 2019 zugrunde gelegt. Die Äquivalenzziffern seien ausgereizt. Es bestehen nur zwei Möglichkeiten, die Erhöhung der Gebühren oder die Refinanzierung über Gemeindesteuern.

RM Trommershausen führt aus, dass auch andere Bestatter Kosten für die Hallen haben und diese Kosten auf den Kunden entsprechend umlegen. Sie schlägt vor, die Trauerhallen evtl. zu privatisieren.

RM Fuchs findet den Vorschlag toll und könnte sich sogar eine Genossenschaft der ortsansässigen Bestatter vorstellen. Die Bestatter könnten gemeinsam ein Konzept vorlegen.

RM Maurer weist daraufhin, dass die Verkaufsidee bereits vor Jahren Thema war und mit den Bestattern erörtert worden sei. Es gehe im vorliegenden Fall um Nutzerrechte, alles andere betrachte er als Wirtschaftsförderung.

Bürgermeister Meisenberg erwähnt, dass die Gemeinde 2 Friedhofshallen habe und man bei einer durchschnittlichen Auslastung von 20 Trauerfeiern von einem jährlichen Betrag von 12.000 € ausgehen kann.

RM Fuchs fragt nach dem Buchwert der Hallen? Kämmerin Kranenberg recherchiert kurz und erläutert den Gebäude-/Grund- und Bodenwert. Herr Schmerein teilt

Bedenken wegen rechtlichen Hürden mit, da die Hallen gewidmet und dort Urnenwände verbaut seien.

Bürgermeister Meisenberg schlägt vor, dass diese Thematik im Bau- und Planungsausschuss diskutiert werden solle. Änderungsanträge werden keine gestellt.

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es werden</p> <p>1.1 die Gebührenkalkulation und</p> <p>1.2 der VII. Nachtrag zur Friedhofsgebührensatzung der Gemeinde Marienheide vom 25.11.2015</p> <p>zum 01.01.2023 beschlossen.</p>	

11	Erwerb eines Genossenschaftsanteils an der Car&RideSharing Community eG	Drucksache Nr. BV/124/22
-----------	--	------------------------------------

Beschluss:	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird der</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Beitritt der Gemeinde Marienheide zur Car&RideSharing Community eG mit Sitz in Overath und 2. die Zahlung des einmaligen Betrages in Höhe von 500,00 € zum Erwerb eines Geschäftsanteils beschlossen. 3. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Beitrittserklärung rechtsverbindlich abzugeben. 4. In der Generalversammlung der Car&RideSharing Community eG wird die Gemeinde Marienheide durch den Bürgermeister vertreten. <p>Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung für das Haushaltsjahr 2023 und der Zustimmung durch die Aufsichtsbehörde gem. § 115 Abs. 1 lit. g) GO NRW.</p>	

12	Mitteilungen und Verschiedenes	
-----------	---------------------------------------	--

Bürgerbegehren

Bürgermeister Meisenberg gibt einen kurzen Sachstandsbericht und zitiert Auszüge aus dem ausführlichen Antwortschreiben an die drei Antragsteller. Eine Rückmeldung bzw. Nachbesserung des Bürgerbegehrens liegt bisher nicht vor.

Korruptionsbekämpfungsgesetz

Bürgermeister Meisenberg teilt mit, dass die jährliche Veröffentlichung vom 05.12.2022 bis 02.01.2023 geplant sei und bittet, Veränderungen über ausgeübte Berufe/Beraterverträge sowie Mitgliedschaften in Organen und Gremien seit der letzten Meldung rechtzeitig anzuzeigen. Hierzu wird eine entsprechende E-Mail im Nachgang der Sitzung versendet.

gez. Vorsitzender

gez. Schriftführerin

Stefan Meisenberg
Bürgermeister

Susanne Schorde